

hang hatten Beschlüsse von Bezirkstagen und Kreistagen großes Gewicht, nach denen eine Verlagerung auch von Aufgaben der Staatsorgane der Bezirke auf die der Kreise, der Kreise auf die der Gemeinden und der Stadtkreise auf die der Stadtkreise vorgenommen und zugleich die entsprechenden Kader zur Verfügung gestellt wurden.²¹

Gemessen an den herangereiften Problemen der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft, blieb jedoch die Entwicklung der staatlichen Arbeit in den Gemeinden auch in der Volksaussprache noch immer hinter dem allgemeinen Aufschwung des demokratischen Lebens zurück. Die Partei wandte dieser Tatsache deshalb nach wie vor besondere Aufmerksamkeit zu.²²

Die praktizierte Einheit von Rechtsschöpfung und Rechtsverwirklichung verlieh den neuen Gesetzeswerken von vornherein eine hohe demokratische Autorität. Sie förderte die Erkenntnis, daß das sozialistische Recht staatliche Organisationsregeln und Verhaltensmaximen nicht willkürlich setzt, sondern indem es die objektiven Ursachen und Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich in den Erfahrungen der Massen widerspiegeln, der bewußten Gestaltung durch die Gesellschaft unterwirft. Die Methoden der Vorbereitung dieser Gesetzeswerke setzten zudem prinzipielle Maßstäbe für die Schaffung grundlegender Staatsdokumente und für die Art und Weise der Vorbereitung von Grundsatzbeschlüssen der örtlichen Volksvertretungen in der Folgezeit.²³

Die Diskussion zu den Gesetzeswerken wurde wesentlich durch die Auswertung von Erfahrungen der Sowjetunion in der Entfaltung der sozialistischen Demokratie bereichert.²⁴ Nachdem im Dezember 1955 Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR die DDR besucht hatten²⁵ und eine Delegation der Volkskammer im April und Mai auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR vor allem die Praxis der Arbeit der örtlichen Sowjets studiert und darüber in einer Volkskammertagung berichtet hatte, steuerten die Abgeordneten-gruppen der Volkskammer in den Bezirken aufschlußreiche neue Erkenntnisse zur öffentlichen Aussprache bei.²⁶

Nach der 3. Parteikonferenz der SED forcierten die imperialistischen Kräfte des Westens ihre Versuche, die Bevölkerung der DDR zu verwirren, den sozialistischen Aufbau zu stören, den Boden für konterrevolutionäre Provokationen und schließlich für eine militärische Intervention durch die NATO vorzubereiten. Demagogische Losungen von der Notwendigkeit eines „menschlichen Sozialismus“, der „absoluten Freiheit“, einer „Liberalisierung des Sozialismus“ sollten unter dem Vorwand der Kritik am Personenkult die Volksdiskussion über die Gesetzeswerke von ihren Zielen abbringen, das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung erschüttern und die

21 Vgl. u. a. den Beschluß des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, über den „Neues Deutschland“ am 16. 10.1956 berichtete.

22 vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz (28. Tagung des ZK der SED), Berlin 1956, S. 21.

23 „Das Neue muß darin bestehen, daß der Arbeiterklasse und dem Werkträgern nicht einfache Beschlüsse der Partei oder der Regierung vorgesetzt werden, sondern bei bestimmten wichtigen Fragen vorher ein Meinungsaustausch in der Nationalen Front, in den gewählten demokratischen Organen und den Massenorganisationen erfolgt. Auf diese Weise werden die Erfahrungen, die Vorschläge, die Kritik der Werkträgern zum Beispiel den Entwurf des Gesetzes günstig beeinflussen, und weite Kreise der Werkträgern werden den Sinn des Gesetzes verstehen“ (a. a. O., S. 34).

24 vgl. Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 690.

25 vgl. Volkskammer der DDR, a. a. O., S. 294 ff.

26 vgl. a. a. O., S. 366 ff.